

N i e d e r s c h r i f t

über die 37. Sitzung (IV. Wahlperiode) des Rates der Stadt
Kreuztal am 05. 05. 1988

Anwesend

1. Bürgermeister Thomas - Vorsitzender
2. Stadtverordnete(r) Abel, Roland
3. " Althaus, Jürgen
4. " Arndt, Jürgen
5. " Becker, Werner
6. " Billich, Jochen
7. " Bosch, Peter
8. " Breuer, Horst
9. " Friedrich, Karl
10. " Frisch, Frank-Wieland
11. " Göbel, Karl-Heinz
12. " Herling, Albert
13. " Irle, Walter
14. " Jamrowski, Ulrich
15. " Julius, Dieter
16. " Kass, Uwe
17. " Keuper, Karl-Heinz
18. " Klappert, Albert
19. " Klur, Franz
20. " Köllen, Walter
21. " Krömpel, Albert
22. " Meyer, Helmut
23. " Müller, Günther
24. " Müller, Hans
25. " Müller, Peter
26. " Münker, Hans-Jürgen
27. " Nölling, Helmut
28. " Perl, Herbert
29. " Pohlmann, Karl
30. " Poser, Michael
31. " Rohde, Siegfried
32. " Rubertus, Helmut
33. " Schäfer, Günter
34. " Schleifenbaum, Karl-Heinz
35. " Schneider, Hannelore
36. " Schneider, Rolf
37. " Schreiber, Jochen
38. " Siebel, Helmut
39. " Siegert, Hartmut
40. " Stähler, Kurt
41. " Steuhl, Hermann
42. " Stricker, Werner
43. " Stücher, Rudolf
44. " Trösken, Dieter
45. " Viehmann, Agnes

Von der Verwaltung:

1. Stadtdirektor Erdmann
2. Stadtbaurat Hanke
3. Dezernent Siebel
4. Stadtkämmerer Klotz
5. Amtsleiter Afflerbach
6. Stadtangestellte Peter als Schriftführerin

Die Mitglieder des Rates wurden auf heute, 16.30 Uhr, ordnungsgemäß zur 37. Sitzung in den Schulungsraum des Feuerwehrhauses, Leystr. 1, geladen.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden, insbesondere die zahlreich erschienenen Zuhörer und die Vertreter der Presse, und machte auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 23 GO aufmerksam.

Es wurde wie folgt verhandelt und beschlossen: A)

Öffentlicher Teil (1-8 s. Niederschrift)

Punkt 9:

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 05. 04. 1988 auf Umbenennung des Friedrich-Flick-Gymnasiums

Der Stadtdirektor erklärte vorab zum vorliegenden Antrag der GRÜNEN, dieser sei ohne Vorberatung im Schulausschuß direkt dem Rat vorgelegt worden. Diskutiert worden sei der Antrag allerdings in den Gremien des Gymnasiums. Insofern verweise er auf die allen Ratsmitgliedern zugegangene Stellungnahme des Schulleiters und den vorliegenden Beschluß der Lehrerkonferenz. Nach dem Schulmit-wirkungsgesetz wäre die Schulkonferenz das zu beteiligende Gremium, man habe aber darauf verzichtet, im Vorfeld der Diskussion eine Stellungnahme anzufordern. Wegen dieser vorliegenden Äußerungen erlaube auch er sich, die nachstehende persönliche Stellungnahme abzugeben:

" Das Problem um den Namen Friedrich Flick für ein Gymnasium ist in den letzten Monaten in Kreuztal intensiv diskutiert worden, wobei ethische, moralische und auch finanzielle Überlegungen bei allen Beteiligten eine Rolle gespielt haben. Nicht zu verkennen ist, daß dieses Thema in Kreuztal nicht emotionslos diskutiert werden kann. So gibt es Gruppen in der Bevölkerung, für die die Diskussion über dieses Thema unerträglich ist, und andere Gruppen, für die der Name Friedrich Flick für eine Lehranstalt nicht wünschenswert ist.

Unverkennbar ist eine gewisse Befangenheit aus der Historie der Schulgründung mit der großzügigen Spende und wegen der laufenden Spenden aus den Flick-Stiftungen. Darüber hinaus muß ich feststellen, daß für viele Kreuztaler der Name Friedrich Flick für ein Gymnasium überhaupt kein Problem ist.

Ich möchte daher am Vorabend des 08. Mai aus der 1985 gehaltenen Rede des Herrn Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zitieren:

" Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen . "

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, diese Aufforderung des Bundespräsidenten ist für die Bürger unseres Landes und unserer Stadt sehr schwer zu erfüllen. Ich schließe mich da selbstverständlich persönlich ein.

Ich bin persönlich der Auffassung, daß der unstrittig belastete Name Dr. Friedrich Flick kein guter Name für unser städtisches Gymnasium ist. Der Name Dr. Richard von Weizsäcker würde mir als

Symbol für eine bestimmte Geisteshaltung gerade auch gegenüber der Vergangenheit mehr zusagen als der Name des Dr. Friedrich Flick, wenn eine Namensänderung einmal gewünscht werden sollte."

Der Vorsitzende bat die Zuhörer, von Beifalls- oder Mißbilligungsbekundungen abzusehen, da diese nach der Geschäftsordnung des Rates nicht statthaft seien -.

StV Trösken erklärte zur Geschäftsordnung, es sollte geprüft werden, inwieweit im vorliegenden Fall Ratsmitglieder von der Mitwirkung gem. § 23 GO auszuschließen seien, denn nach Abs. 2 Ziffer 2 gelte das Mitwirkungsverbot auch dann, wenn das betreffende Mitglied des Vorstandes usw. einer juristischen Person oder einer Vereinigung sei, der die Entscheidung einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil bringen könne. Einem Bericht der Westfälischen Rundschau vom 15. 03.ds.Js. könne man entnehmen, daß der TV Kreuztal auch in diesem Jahr wieder mit einer Spende zwischen 10.000 und 15.000 DM vom Schirmherrn der Jubiläumsveranstaltung (Friedrich-Karl Flick) rechne. Er bitte zu prüfen, ob der Vorsitzende dieses Vereins bei der heute zu treffenden Entscheidung mit abstimmen könne.

StV Billich erwiderte, jedes Ratsmitglied sei nach § 23 GO verpflichtet, seine Befangenheit selbst zu prüfen und einen etwaigen Ausschließungsgrund dem Vorsitzenden anzuzeigen; eine Prüfung durch andere Ratsmitglieder sei nicht vorgesehen. Er halte des Einwand von Herrn Trösken für einen infamen Versuch, Ratsmitglieder von der Debatte auszuschließen.

Der Stadtdirektor betonte, es liege im vorliegenden Fall eindeutig keine Befangenheit vor.

StV Stricker führte aus:

" Einer der letzten Leserbriefe zum Thema Umbenennung des Friedrich-Flick-Gymnasiums in Kreuztal war betitelt mit der Überschrift: "Keine wirklichen Sorgen und Nöte?" Obwohl meine Fraktion in diesem Leserbrief nicht angesprochen war, möchte ich auf diese Frage antworten: Ich mache mir sehr wohl und sehr viele Sorgen, und es bereitet mir wirkliche Nöte, wenn ich sehe, welche Geisteshaltung in Kreuztal unter einer gut bürgerlichen Fassade zutage tritt, wenn ich sehe, wie Andersdenkende diffamiert und beschimpft werden, wenn ich sehe, wie lebendig längst vergangene Zeiten sind, und wenn ich sehe, wie es heute noch ein längst Toter schafft, diese Stadt zu beherrschen. Da werden Lehrer und Schüler aufgefordert, ihre Schule, ihren Arbeitsplatz, ihre Heimatstadt zu verlassen, nur weil sie die Frechheit besessen haben, frei und ohne Angst vor Repressalien ihre Meinung zu äußern. Da wird die Bevölkerung in gut - weil hier geboren -und in böse - weil zugereist und aufgeheizt - unterteilt und gespalten. Da wird Volkesstimme zitiert und aufgewogen gegen Pharisäertum, falsche Christen, Heuchelei, Inkonsequenz und Unmoral, ja es wird einem sogar handgreifliche Vertreibung aus der Stadt angedroht. Wie mächtig muß Flick noch auf dieser Stadt hocken, wie krampfhaft und künstlich wird heute noch ein Idealbild Flicks hochgehalten und gepflegt, was bei halbwegs kritischer Betrachtung niemals hätte entstehen können. Wie schreibt doch selbst der Leiter der Schule, über deren Namen wir heute reden: "Man war sich dessen wohl bewußt, daß Friedrich Flick im Nürnberger Prozeß verurteilt worden war . . ." . Doch nicht nur dem Leiter der Schule, es war allen bekannt, den Kirchengemeinden, den Sport- und Gesangvereinen, den Parteien, den Schützenvereinen, den Politikern, die ihn zum Ehrenbürger machten und den Politikern, die ihn zum Namenspatron einer Schule machten, alle wußten davon, daß Flick ein verurteilter Kriegsverbrecher war. Es war allen bekannt, daß der hoch geehrte, wegen der Plünderung von öffentlichem und privatem Eigentum, der Ausbeutung und anderer

Verbrechen gegen das Eigentum, der Beschäftigung und Ausbeutung von Fremdarbeitern, Kriegsgefangener und KZ-Häftlinge sowie wegen weitgehender finanzieller Unterstützung, Forderung und Begünstigung der verbrecherischen Tätigkeit und verbrecherischer Vorhaben der SS in Nürnberg zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde, von denen er fünf Jahre absaß. Es war bekannt, daß Flick während der Zeit der Nazi-Diktatur das größte private Industrieimperium zusammenscheffelte, das, wie Göbbels schrieb: "Niemand die Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer mehr verdient als Friedrich Flick". Alle wußten, daß er Mitglied im "Freundeskreis des Reichsführers SS Heinrich Himmler war und daß er die Naziterroisten mit knapp 8 Mio. Reichsmark unterstützt und geschmiert hatte. Ich möchte einmal zitieren, was ja alle wußten, Zitat aus der WR von Weihnachten 1980: "Eineinhalb Monate nach der Kriegseröffnung arbeiten im Flick-Imperium schon Kriegsgefangene. Die Bezahlung schwankte im Laufe des Krieges zwischen 40 Pfennig pro Schicht für sowjetische Kriegsgefangene und 6,60 Reichsmark für westliche Zivilarbeiter. Entwesung mangelhaft. Viel Ungeziefer. Strohmattentzen mußten entfernt werden, daher schlafen nur auf Drahtmattentzen. Zuweilen Prügel. Lohnfragen ungeklärt. Essen nicht besonders. Das stellten sogar die Nazi-Inspektoren fest, was den Unternehmer aus dem Siegerland nicht besonders berührte. Die Konzentrationslager - einmal besuchte er Dachau erschienen ihm "sauber und behaglich" und erst als er zusammen mit Vetter Konrad Kaletsch, Neffe Bernhard Weiß und drei weiteren Konzernangehörigen vor dem Alliierten-Militärgericht stand, gab er zu, daß überhaupt Gefangene in seinen Betrieben arbeiten: "Als die Zahl größer und größer wurde, kam ich zu dem Eindruck und der moralischen Überzeugung, daß es undenkbar war, daß sie alle freiwillig nach Deutschland gekommen waren." (Zitat Ende WR Weihnachten 1980). Die Namensgeber der Schule hatten wahrscheinlich auch die Protokolle der Nürnberger Prozesse gelesen. Also war auch das Plädoyer der Anklagebehörde bekannt, aus der ich zitieren möchte: "Die Beteiligung Flicks, Steinbrincks und Kaletschs an dem Entwurf eines allgemeinen Arierisierungsgesetzes beweist mit aller wünschenswerten Klarheit ihre Teilnahme an dem allgemeinen Vorgang, den Juden das Leben in Deutschland unerträglich zu machen. Sie haben am Erlaß allgemein gültiger judenfeindlicher Gesetzes mitgewirkt und haben hierzu Beihilfe geleistet, um ganz bestimmte Vermögenswerte von bestimmten Juden zu erwerben und an sich zu bringen, eine Handlungsweise, die an Zynismus ihresgleichen sucht". "Die Beweise in den Akten erlauben keinen Zweifel daran, daß die Zwangsarbeiter und die Kriegsgefangenen in den Ruhrbergwerken des Flick-Konzerns unter schrecklichen Bedingungen ausgebeutet wurden und daß Krankheit und Tod in ungeheurem Ausmaß die Folgen dieser Bedingung waren. Auch ist es offensichtlich, daß in allen Betrieben des Flick-Konzerns besonders schlechte Bedingungen herrschten; in vielen Fällen waren die Unterkünfte elend, die Ernährung schlecht, der Hunger unerträglich, die Arbeitszeit übermäßig lang; Angst und Freiheitsentziehung, körperliche Leiden und Krankheiten, Mißhandlungen aller Art, darunter Auspeitschungen, waren an der Tagesordnung." Soweit das Zitat der Anklagebehörde vom Nürnberger Prozeß. Es ist für mich unfaßbar, wie Flick, der seine Mitmenschen beraubt und betrogen hat, der als Vollstrecker des Naziterros Menschen durch Arbeit vernichtet hat, wie jener Flick, dem auch nicht einmal ein Wort des Bedauerns seiner Taten oder des Mitgeföhls mit seinen Opfern über die Lippen gekommen ist, zum Namensvetter einer Schule und zum Ehrenbürger gemacht werden konnte. Oder hat Flick wirklich, wie viele meinen, durch die Verbüßung eines Teils seiner Strafe Absolution und Verzeihung verdient. Die letzten, wirklich die allerletzten, die das beurteilen können, sind wir, die Kreuztaler, die wir noch heute Geld von Flick erhalten, ja sogar immer noch neu anfordern. Verzeihen können nur jene, die Opfer des Flick'sehen Machtrausches waren, jene, denen Flick sich Zeit seines Lebens weigerte, auch nur eine Mark seines immensen Vermögens als selbst dann nur symbolisch mögliche Entschädigung zukommen zu lassen.

Oder wiegen Ehrendoktorwürde, Bundesverdienstkreuz und weitere Ehrungen, die Flick nach dem Kriege erhalten hat, die Schandtaten während des Krieges auf? Wenn man sich den Gedanken der Resozialisierung ehemaliger Strafgefangener auch bei Flick zueigen macht, steht nicht auch dann der Name Flick vor allem für Steuerhinterziehung, Bestechung und Korruption? Hat nicht Flick auch in der Nachkriegszeit der noch jungen Demokratie ungeheueren Schaden zugefügt, seiner Machtgier jegliche Sitte und Moral untergeordnet und damit der Demokratie den Stempel von Korruption und Käuflichkeit aufgedrückt? Sind nicht sogar die ungeheuerlichen Vorgänge in Kiel eine zu Ende gedachte makabre Fortschreibung der von Flick aufgezeigten Möglichkeiten. Vielleicht sehen aber auch viele in Flick typisch Siegerländer Wesensmerkmale wie Sparsamkeit oder Bescheidenheit. Doch auch hier gilt es zu hinterfragen, ob Flick, der Unsummen zur Korumpierung von Parteien und Institutionen ausgab, der glaubte, alles und jeden kaufen zu können, ob der wirklich sparsam war? Oder ist es bescheiden, wenn Flick zur Steigerung seines Einflusses und seines Reichtums eine Skrupellosigkeit sondergleichen an den Tag legte? Ist es bescheiden, sich in der Öffentlichkeit als großzügigen Spender feiern zu lassen und in Wahrheit ein in Kreuztal anscheinend stink normales Geschäft durchzuführen nach dem Motto "eine Hand wäscht die andere". Die edle Spende stellt sich nämlich folgendermaßen dar:

1. Es gibt keine aus dem persönlichen Portemonnaie von Friedrich Flick geleistete Spende; gespendet haben Buderus, Feldmühle, Dynamit-Nobel, Maxhütte und Norddeutsche Papierwerke.
2. Die Spende wurde auf mehrere Jahre und mehrere Firmen verteilt, um optimale steuerliche Absetzbarkeit zu erreichen.
3. Für die geleisteten Beträge wurden auch noch ohne Skrupel mit Nachdruck Aufträge angefordert, und was noch ein Skandal für sich ist, die Aufträge wurden auch erteilt.

Hierzu zitierte Herr Stricker Passagen aus einer persönlichen Erklärung des damaligen StV Seile, die dieser in der Ratssitzung am 26. 02. 1981 abgegeben hat.

Herr Stricker fuhr fort: "Das etliche Personen, leider auch Mitglieder des Rates, die dieses Vorgehen ja damals mitinszeniert hatten, heute noch wider besseres Wissen das Ideal eines uneigennütigen Spenders hochhalten, ist schon als geschmacklos zu bezeichnen. Gänzlich fehlen einem aber die Worte, wenn einige dann auch noch die Dreistigkeit besitzen und die einseitige Rückzahlung dieses Geschäftes, welches ja auf Gegenseitigkeit beruhte, einfordern. Auch wenn es viele nicht wahrhaben möchten, die Empfänger von Beträgen aus dem Hause Flick wahrscheinlich am aller wenigsten, aber wenn es Flick schon gelang, die Republik zu kaufen, wie 1984 der Spiegel schrieb, so war es mit Sicherheit ungleich leichter und billiger für ihn, auch seine Heimatstadt zu kaufen. Und dokumentieren nicht heute noch jene Menschen, die jegliche öffentliche Diskussion über Flicks Wirken unterbinden möchten, die durch eine solche, angeblich schädliche Diskussion, ein Versiegen und Ausbleiben des Spendenflusses befürchten, dokumentieren sie nicht damit - ob bewußt oder unbewußt, daß sie käuflich sind? Wie schreibt der Schulleiter doch in bemerkenswerter Offenheit: "Im Falle der Tilgung des Namens Friedrich Flick muß einkalkuliert werden, daß die Kirchengemeinden, die Vereine, Behindertengruppen etc. in ihrer verantwortungsvollen Arbeit für die Bürger dieser Stadt wohl nicht mehr finanzielle Unterstützung aus dem Hause Flick erwarten dürfen." Oder wie schreibt der Verein der Freunde, Förderer und ehemaliger Schüler des Friedrich-Flick-Gymnasiums Kreuztal e.V.: "Betroffen werden - und zwar im negativen Sinne - letztlich unter anderem Schule und Schüler, die wohl mit

Sicherheit künftig nicht mehr mit Zuwendungen aus dem Hause Flick rechnen dürfen, und wir haben Zweifel, ob der Schulträger bereit und in der Lage sein wird, hier einen angemessenen Ausgleich zu schaffen. Wie können wir morgen Mitgliedsbeiträge und Spenden von Freunden und Gönnern freudig für unsere (ihre) Schule erwarten, wenn der bedeutendste Spender heute vor den Kopf gestoßen wird und künftig ausfällt?" All diese Aussagen dokumentieren im Klartext doch nichts anderes, als daß auch heute noch Schmiergelder aus dem Hause Flick über eine eigene Meinung, über die Kritik an einem Kriegsverbrecher, über die Umbenennung der Schule und über die Solidarität und das Mitleid mit den von Flick Geschundenen und Ausgebeuteten gestellt wird. Der Direktor dieses Gymnasiums mit dem Namen des Kriegsverbrechers Flick mag zu bedauern sein. Doch er verwechselt Ursache und Wirkung, wenn er das Ende der Diskussion um den Namen der Schule fordert. Erst dann, wenn der Name der Schule geändert ist, werden auch die Diskussionen über die Schule verstummen.

Ich hätte es mir wirklich gewünscht, wenn es diese Stadt geschafft hätte, aus eigenem Antrieb und aus eigener Kraft den Namen des Kriegsverbrechers Flick von der Schule zu entfernen. Ich denke, daß heute die letzte Chance dazu gegeben ist, die, wenn sie nicht genutzt wird, einen Sturm der Entrüstung und Empörung von außen entfachen möge, der Kreuztal dann zwingen wird, das Verhältnis zu Flick zu klären. Ich bitte den Rat der Stadt Kreuztal, dem Antrag der GRÜNEN zur Umbenennung des Friedrich-Flick-Gymnasiums zuzustimmen."

StV Schleifenbaum erklärte, er möchte vor dem Einstieg in die eigentliche Debatte die nachstehende Erklärung der SPD-Fraktion zur Umbenennung des Friedrich-Flick-Gymnasiums abgeben:

" Nach lang andauernden, intensiven Diskussionen ist die SPD-Fraktion im Zuge der notwendigen Aufarbeitung des zeitgeschichtlichen Geschehens zu der Auffassung gelangt, daß Friedrich Flick im Hinblick auf sein politisches und geschäftliches Verhalten keine Vorbildfunktionen für junge Menschen zugestanden werden können. Zu denken ist vor allem an die Indienstname politischer Macht in allen Phasen seines Lebens, die aktive Unterstützung des NS-Regimes, die Bereicherung an jüdischem Vermögen, die Ausbeutung von Fremdarbeitern und KZ-Häftlingen während des Krieges und die Verweigerung jeder Entschädigung aus der Fülle seines Milliardenvermögens nach dem Kriege. Um es noch einmal klar zu sagen: An der Notwendigkeit einer Distanzierung von Friedrich Flick besteht für die SPD-Fraktion keinerlei Zweifel. Nichts-desto-weniger aber nimmt die Fraktion in der Frage der Abänderung des Namens des Gymnasiums in der Stadt Kreuztal keine einheitliche Haltung ein, weil ein Teil der Fraktion der Auffassung ist, daß Friedrich Flick ungeachtet all seiner finanziellen Zuwendungen aufgrund der zeitgeschichtlichen Erkenntnisse nicht länger Name für eine Schule sein sollte, der andere Teil der Fraktion aber glaubt, von der Abänderung des Namens der Schule im Hinblick auf die Stellung Abstand nehmen zu müssen, die Friedrich Flick im Bewußtsein vieler Bürger der Stadt Kreuztal einnimmt, und zwar nicht zuletzt angesichts der 3 Mio.-Spende, mit deren Hilfe das Gymnasium errichtet werden konnte. Die SPD-Fraktion distanziert sich dennoch in ihrer Gesamtheit von den "Machenschaften" Flicks, überläßt es im übrigen aber ihren Mitgliedern, in Übereinstimmung mit ihrer persönlichen Auffassung einer Änderung des Schulnamens zuzustimmen oder sie abzulehnen."

StV Billich führte aus, die wochen- ja monatelange Diskussion um die Umbenennung des Städt. Friedrich-Flick-Gymnasiums habe die Atmosphäre hier im Rat, aber auch weit über dieses Gremium hinaus erheblich belastet. Er gehe davon aus, daß alle Fraktionen im Vorfeld der heutigen Debatte eingehend und gründlich die auf dem Tisch liegende Frage, ob ein Anlaß bestehe, heute nach 20 Jahren das Friedrich-Flick-Gymnasium Kreuztal, aus welchen Gründen auch immer, umzubenennen, geprüft habe. Die CDU-Fraktion habe jedenfalls, entgegen anderslautenden Behauptungen - insbesondere des Stadtverbandes der SPD -, man sei oberflächlich und leichtfertig zu dem Ergebnis gekommen, Friedrich Flick habe sich um Kreuztal verdient gemacht, daher müsse der Name erhalten bleiben, eine umfassende Würdigung der Historie vorgenommen. Man habe in diese Prüfung aber auch einbezogen die Frage, wie es zu der Benennung der Schule nach Friedrich Flick gekommen sei. Er habe an sich für heute nicht vorgesehen, eine erneute Würdigung der Person Friedrich Flick vorzunehmen, denn diese Würdigung hätten der Rat der Stadt Kreuztal und der Rat der ehemaligen Gemeinde Kreuztal 1968 und 1969 vorgenommen und kein heutiges Ratsmitglied könne sagen, es befinde sich nicht in der Kontinuität dieser Räte, wenn auch im heutigen Rat nur noch wenige Mitglieder seien, die an der damaligen Beschlußfassung mitgewirkt hätten. Nach den Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN meine er aber doch, daß einige wenige klarstellende Sätze zur Bewertung der Person des Herrn Flick gesagt werden müßten. So habe Herr Stricker nur aus dem Plädoyer der damaligen Anklagebehörde zitiert. Dies mache deutlich, daß es Herrn Stricker nicht darauf ankomme, ein abgewogenes Urteil über Friedrich Flick abzugeben, sondern daß es ihm darum gehe, möglichst viel Negatives hier vorzutragen. Er wolle nun nicht die Verteidiger von Friedrich Flick zitieren, denn das wäre die andere Seite, die die positiven Eigenschaften ihres Mandanten sicherlich überziehe. Er wolle sich auf das beschränken, was die Richter nach monatelanger Verhandlung über Friedrich Flick festgestellt hätten. Sicherlich hätten sich nicht viele der Mühe unterzogen, die Verhandlungsprotokolle oder auch das Urteil ausführlich zu lesen, man würde sonst nicht mit dieser Arroganz und Überheblichkeit über Flick sprechen, sondern man hätte auch das Ergebnis einbezogen, zu dem die Richter im Nürnberger Prozeß nach der Beweisaufnahme und der Anhörung von Zeugen gekommen seien. Unter Bezugnahme auf den auch von der SPD erhobenen Vorwurf, Flick habe Sklavenarbeit veranlaßt und durchgeführt, zitierte er aus dem Urteil des Militärgerichtshofes, daß der Arbeitseinsatz von der damaligen Reichsregierung gelenkt und durchgeführt wurde und das Beweismaterial erkennen läßt, daß die Angeklagten selbst keine tatsächliche Kontrolle über die Durchführung hatten. Die Arbeitskräfte seien zugewiesen worden, keine Betriebsleitung sei in der Lage gewesen, der Zuweisung Widerstand entgegenzusetzen. Widerstand hätte zur Folge gehabt, daß die Leitung des Betriebes entzogen worden wäre, möglicherweise wäre auch eine Verbringung ins Konzentrationslager die Folge gewesen. Flick sei schließlich verurteilt worden, weil er gewußt habe, daß in seinem Betrieb diese Programme durchgeführt wurden. Er frage nun alle Anwesenden, ob sie in der damaligen Situation den Mut aufgebracht hätten, sich dem Regierungsprogramm zu widersetzen. Es wäre zu wünschen, daß viele für sich diese Frage mit Ja beantworten könnten, wobei es ohnehin nur für wenige möglich sei, die tatsächliche Situation nachzuvollziehen und nachzuempfinden. Man sollte aber nicht mit Schlagworten wie Kriegsverbrecher, Judenvernichter usw. argumentieren, ohne sich davon zu überzeugen, ob Flick tatsächlich wegen dieser gräßlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden sei. Was die Finanzen von Flick zur NS-Zeit angehe, dürfe er darauf hinweisen, daß Flick, bevor die Nazis an die Regierung kamen, Hindenburg finanziell gegen Hitler unterstützt und deswegen persönliche Nachteile befürchtet habe. Er meine, auch dies müsse man wissen, wenn man die Situation, in der sich Flick als Mitbesitzer

eines großen Konzerns befunden habe, richtig beurteilen wolle. Er billige keinesfalls, daß aus den Unternehmen Flicks heraus in vielen Zeiten der politischen Abläufe Geld als Mittel eingesetzt worden sei, um die Politik zu beeinflussen. Er meine aber, daß sicherlich zumindest Verständnis dafür aufgebracht werden müsse, in welcher Situation sich ein Wirtschaftsführer während der NS-Zeit befunden habe. Es habe nur eine Alternative gegeben - mitmachen oder enteignet zu werden. Flick habe sich - wie viele andere auch - für die bequemere Lösung entschieden. Wenn man Flicks Persönlichkeit insgesamt beurteilen wolle, müsse man auch wissen, daß sein Verhalten - auch das gehe aus dem Urteil hervor - durchaus widersprüchlich gewesen sei. So sei er zwar in die NSDAP als eine Art Versicherung eingetreten, habe aber an den Handlungen der Partei nicht teilgenommen und auch nicht daran geglaubt. Er sei nicht judenfeindlich gewesen, sondern habe einem jüdischen Bekannten geholfen und einen der Verschwörer des 20. Juli beherbergt. Man müsse also gründlich recherchieren, bevor man ein so grasses Urteil über Flick abgebe. Er sei sicher, daß das Bundespräsidialamt, bevor Herr Flick mit dem Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband ausgezeichnet worden sei, gründlich geprüft habe, ob in Gesamtwürdigung seines Wirkens eine solche Ehrung durch diese Republik angemessen sei. Diese Prüfung sei ebenso positiv ausgefallen wie die der früheren Gemeinde Kreuztal, als man ihn zum Ehrenbürger gemacht und die der Stadt Kreuztal, als man das Gymnasium nach ihm benannt habe. Positiv ausgefallen heiße nicht, daß diejenigen, die hier die Entscheidungen trafen, die negativen Seiten des Herrn Flick unberücksichtigt ließen, nein, man habe eine Würdigung vorgenommen speziell unter Kreuztaler Gesichtspunkten und habe anerkannt, was Friedrich Flick für die Stadt Kreuztal und ihre Einrichtungen getan habe. Er halte es für dummes Geschwätz, wenn gesagt werde, Friedrich Flick habe sich mit der Spende für das Gymnasium freikaufen wollen von irgendwelchen Wiedergutmachungsverpflichtungen. Wer den Schriftverkehr aus den 60er Jahren um die Errichtung eines Gymnasiums in Kreuztal gelesen habe, wisse, daß es damals nicht möglich gewesen sei, ein staatliches Gymnasium nach Kreuztal zu bekommen. Die vom damaligen Amtsdirektor Roller verfaßte Denkschrift weise deutlich aus, daß alle Überlegungen dahin gingen, in Hilchenbach bzw. Siegen ein weiteres Gymnasium zu errichten, aber nicht in Kreuztal. Aus diesem Grunde seien Rat und Verwaltung an den Ehrenbürger Flick herangetreten mit der Bitte, eine private Stiftung zur Errichtung eines Gymnasiums zu errichten. Dies sei damals die einzige Möglichkeit gewesen, ein Gymnasium nach Kreuztal zu bekommen. Herr Flick habe damals spontan zugesagt und die Stiftung mit einer Spende von 3 Mio. DM errichtet. Selbstverständlich habe Herr Flick die Spende vom Gewinnanteil aus seinen Unternehmen zur Verfügung gestellt. Wer annehme, daß solche Beträge aus der Brieftasche gezahlt würden, sollte seine Vorstellung vom Unternehmer einmal gründlich überprüfen. Daß Herr Flick - wie dies jeder andere Bürger auch getan hätte - für diese gemeinnützige Stiftung Spendenbescheinigungen zum Zwecke der Steuerersparnis erbeten habe, könne nicht negativ gewertet werden. Die Namensgebung sei keine Forderung von Herrn Flick gewesen, sondern sei nach Verhandlungen mit dem Hause Flick vom damaligen Verwaltungschef vorgeschlagen worden. Hier sei mehrfach zum Ausdruck gekommen, die Stadt Kreuztal stünde nicht im Wort hinsichtlich der Erhaltung des Namens. Insofern möchte er auf das Schreiben des damaligen Stadtdirektors Roller vom 28. 09. 1970, in dem es um die Umwandlung des privaten Gymnasiums in ein kommunales gehe, verweisen, wo ausdrücklich versichert werde, daß das Gymnasium für alle Zukunft den Namen des Stifters Doktor Friedrich Flick tragen werde. Herr Billich fuhr fort, Herr Stadtdirektor Erdmann könne sich nach zwei Jahren Aufenthalt in Kreuztal nicht lösen von der Kontinuität der Verwaltung in dieser Stadt. So könne er sich mit seinem hier unterbreiteten

Vorschlag auch nicht davon lösen, daß eine klare Beschlußlage zu dieser Namensgebung bestehe. Nachdem man seitens der Verwaltung nicht so umfassend informiert worden sei, habe er selbst die Beschlußlage überprüft: Gemäß Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 27. 11. 1969 habe der Vorstand der Doktor-Friedrich-Flick-Stiftung "Gymnasium Kreuztal" in seiner Sitzung vom 12. 11. 1969 beschlossen, die Stadt Kreuztal zu bitten, das private Friedrich-Flick-Gymnasium in Kreuztal gemäß § 8 SchVG in kommunale Trägerschaft zu übernehmen. Der Vorstand geht dabei von der Überzeugung aus, daß der Bestand des Gymnasiums damit für alle Zukunft im besten Sinne gewährleistet ist. An die Übertragung der Schulträgerschaft wird die Bedingung geknüpft, daß die Bezeichnung des Gymnasiums auch in der Zukunft erhalten bleibt. Weiter darf die Schulform gemäß Stiftungsurkunde nicht geändert werden ... Der Schulausschuß empfahl der Stadtvertretung einstimmig, die Trägerschaft für das Friedrich-Flick-Gymnasium in Kreuztal gemäß § 8 SchVG zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu übernehmen. Die gleiche Formulierung enthalte auch die Vorlage der Verwaltung für die Sitzung des Rates, der dieser am 20. 12. 1969 einstimmig zugestimmt habe. Es sei daher nicht so einfach, heute zu sagen, man habe ethisch-moralische Gründe gefunden für eine Umbenennung des Gymnasiums. Auch die fragliche Vorbildfunktion für die Schüler könne nicht ausschlaggebend sein. Denn keiner, der an der damaligen Beschlußfassung mitgewirkt habe, habe Friedrich Flick zum Vorbild für die Schüler machen wollen. Dies sei aber auch bei anderen Schulen, die nach Personen benannt seien, nicht gewollt. Mit der Namensgebung habe die Stadt ihren Dank dafür ausdrücken wollen, daß sie durch Flick die Chance erhielt, in Kreuztal ein Gymnasium zu errichten, und er meine, es bestehe heute kein Grund, nachdem Flick in Kreuztal beerdigt sei, diesen Dank zu widerrufen und in Undank zu verkehren. Die CDU-Fraktion sei der Meinung, daß nach der langen Diskussion um den Namen des Stadt. Gymnasiums heute eine klare Entscheidung getroffen werden müsse, und er bitte all diejenigen, die an der Diskussion mitgewirkt hätten, sie mit der heutigen Entscheidung zu beenden und sich darauf zu konzentrieren, was wirklich Aufgabe der Stadt sei, nämlich den Fortbestand dessen zu gewährleisten, was Lehrer und alle Mitbeteiligten am Gymnasium an hervorragender pädagogischer Arbeit aufgebaut haben. Dies sollte man mit einer etwaigen Fortsetzung der Diskussion nicht behindern. Der "Schulfriede" gebe der Schule auch die Chance, in Zukunft in sachlicher und nicht emotionsgeladener und aufgeheizter Atmosphäre über den Namensgeber dieser Schule zu sprechen und zu informieren. Er bat abschließend, sich auch von dem zitierten "Sturm der Entrüstung und Empörung von außen" nicht beeinflussen zu lassen, die Entscheidung treffe der Rat der Stadt Kreuztal hier und heute, und zwar hoffentlich eindeutig.

Der Stadtdirektor betonte, wenn man eine als persönlich gekennzeichnete Erklärung abgebe, die nicht die vorausschaubare Mehrheitsmeinung des Rates beinhalte, sei es verständlich, daß eine solche Erklärung kritisiert werde. Dies habe er in Kauf genommen. Er habe aber bewußt diese persönliche Erklärung abgegeben und nicht für die Verwaltung gesprochen oder für diese eine schriftliche Erklärung abgegeben, wie dies sein Vorgänger Roller getan habe.

StV Frisch führte aus, die einen hielten die anderen für unmoralisch, die eigene Denk- und Handlungsweise natürlich für moralisch; mit unendlich vielen Eigenschaftswörtern, wie unehrlich, pharisäerhaft, unehrenhaft bis hin zu korrupt und bestechlich werde um sich geworfen und selbst im vorliegenden Antrag werde noch mit "faschistisch" schriftlich ein Vokabular verwendet, so daß man sich frage, wohin dies noch führen solle. Dies frage man sich auch, wenn der SPD-Stadtverband schon so weit gehe und die Kandidaten-Aufstellung für die nächste Kommunalwahl davon abhängig mache, wie sich die einzelnen

SPD-Stadtverordneten heute verhalten. Er finde dies schlimm und bezweifele, ob man da noch frei sei. Als zutiefst beleidigend empfinde er es, daß er von einem Pressevertreter in Kenntnis dessen, daß er für die Beibehaltung des Namens "Friedrich-Flick-Gymnasium" eintrete, gefragt werde, ob er denn mit den Opfern kein Mitleid habe. Verrückte Zusammenhänge würden hier konstruiert, und er müsse für seine Fraktion und sich selbst feststellen, daß hier offenbar zwei Dinge miteinander vermischt würden, die nicht zusammengehörten, und zwar Vergangenheitsbewältigung einerseits und andererseits die nüchterne Tatsache, als Stadt Kreuztal hier ein Gymnasium geschenkt bekommen zu haben. Vergangenheitsbewältigung sei dringend notwendig und sollte auch ständig wiederholt werden, damit der nachwachsenden Generation Fehler der Vergangenheit verdeutlicht würden. Er frage sich aber, ob Vergangenheitsbewältigung so weit getrieben werden müsse, daß Haß und Unfrieden zwischen den Generationen entstehe. Man könne doch auch über Vergangenheit diskutieren, ohne mit Fingern auf Personen zu zeigen. Ohne daß er die unentwegten Leserbriefschreiber persönlich kenne, könne er sich denken, daß sie in etwa seiner Generation angehörten, und stelle sich dann vor, wie das wäre, wenn jeder Mensch seiner Generation derart mit Worten und mit Fingern auf seine eigenen Eltern oder Mitmenschen der persönlichen Umgebung weisen würde, denn sie hätten doch alle in jener Zeit gelebt und zum größten Teil eben nicht opponiert. Den Vorwurf des "mitgemacht haben" wolle er gar nicht vertiefen. Wieviele Tausend, Flick und anderen Industriebossen unterstellte Menschen, bis hin zum Vorarbeiter hätten sich dann schuldig gemacht, indem sie nicht abgelehnt hätten, Gefangene arbeiten zu lassen, Zwangsarbeit zu beaufsichtigen usw. Quälerisch sei dieser Gedanke, wenn man andererseits den Wunsch habe, seine Mitmenschen zu achten, seine Eltern zu lieben. So bitte er die betreffenden Eiferer, doch mehr Sensibilität aufzubringen und ihren eigenen Standort daraufhin einmal zu überprüfen, denn sie griffen die Person Flick heraus, klagten aber in Wirklichkeit viele, nämlich eine ganze Generation an. Die F.D.P.-Mitglieder seien zutiefst betroffen und beschämt von den Handlungsweisen des deutschen Volkes während der Nazizeit, man müsse sich aber vor Augen halten, das "Volk" nicht etwas abstraktes sei, sondern daß das Väter, Mütter, Nachbarn und die Menschen der eigenen Umgebung gewesen seien. Selbst betroffene Juden sagten heute, sie könnten nicht vergessen, wohl aber verzeihen und vergeben. Warum sollte die heutige Generation nicht die gleiche Position gegenüber der Vorgeneration einnehmen. Man habe großes Verständnis für die Verbitterung persönlich Betroffener, bitte sie aber, die Verbitterung nicht in Haß umschlagen zu lassen. Die F.D.P. maße sich nicht an, Oberrichter zu spielen, nachzuerurteilen, sie gestehe auch Flick zu, nach seiner Verurteilung und Verbüßung der Strafe einen neuen Anfang gemacht zu haben. Er sei nicht überzeugt davon, daß die SPD-Fraktion selbst einen Antrag, wie er heute vorliege, eingebracht hätte - das halte er der SPD zugute - dieses Wühlen, Rumoren und Unfrieden stiften sehe er eher auf Seiten der GRÜNEN und so sei es wohl unvermeidlich gewesen, daß man diesen Antrag heute vorliegen habe. Nun sei es sicherlich nicht schädlich, sich einmal grundsätzlich mit der Thematik auseinanderzusetzen, nur die Motivation, welche in dem Antrag der GRÜNEN stecke, sei vordergründig. Auch 1968 sei von den Amts- und Gemeindevertretern nicht behauptet worden, Flick habe in der Nazizeit vorbildlich gewirkt oder solle mit seinem Namen als Vorbild für die Schüler des Gymnasiums stehen. Dieses Suchen nach Gründen, warum man welchen Namen einer Schule geben solle, sei doch für das Kreuztaler Gymnasium müßig: Flick habe das Geld gegeben - warum sollte das nicht genügen? Das wäre ja, als ob wir den "Neuanfang" Flicks nach 1945 nicht akzeptieren würden, wenn es keine Möglichkeit gegeben hätte, dazu zu stehen, wäre das Geld damals nicht angenommen worden von unseren Vorgängern im Rat. Wie kämen wir dazu, unseren Vorgängern dafür heute eine derartige Ohrfeige zu geben. Auch die Debatte um das

"Geldgeben/Spenden" an sich und die Höhe der Summe sei doch nur fadenscheinige Argumentation: Wahrscheinlich waren für Flick 3 Mio. DM gar nicht viel, aber man muß das doch relativieren. Für die Stadt Kreuztal war es nämlich so viel, daß sie sich ein Gymnasium leisten konnte. Die P.S.-Punkte 1 und 2 im Antrag der GRÜNEN zeige deren ganze Naivität. Hatten sie wirklich angenommen, Friedrich Flick sei an sein Sparkassenbuch gegangen, um 3 Mio. DM abzuheben, um sie uns im Köfferchen zu bringen? Ein solcher Gedanke wäre ihm gar nicht gekommen, insofern habe sich auch für die F.D.P. die Sachlage nicht verändert. Die Antragspunkte 3 bis 7 bezeichnete Herr Frisch als völlig uninteressanter üblicher GRÜNEN-Popel, der in Punkt 7 mit einer unverschämten Unterstellung ende und aus dem man das ungeheuerliche Fazit ziehen könne, die Stadt Kreuztal sei käuflich. Hier würden Handlungen und Gesten der Vergangenheit so auf den Kopf gestellt, daß sie für die Argumentation der Antragsteller und Gleichgesinnter passend gemacht seien. Über die Vergangenheit müsse und solle in den Schulen gelehrt werden und man hoffe ausdrücklich, daß die heute angesprochene Problematik dabei nicht ausgeklammert werde. Man halte es auch nicht für unpassend, am Beispiel Flick gerade in Kreuztaler Schulen die politische und sittlich-moralische Verantwortung des Unternehmers zu verdeutlichen, daraus könne eine ständige Mahnung werden, auch wenn das lästig erscheine. Die F.D.P.-Fraktion sei dankbar dafür und respektiere, daß das Gymnasium in Kreuztal, wie vieles andere in Kreuztal, durch Flick ermöglicht wurde und deshalb solle die Schule auch den Namen behalten. Der Vorschlag des Stadtdirektors, dem Gymnasium den Namen des Bundespräsidenten von Weizäcker zu geben, sei ehrenhaft, aber man möchte das Geschenk von Flick nicht mißachten. Man hoffe dringend auf eine mehrheitliche Entscheidung des Rates in diesem Sinne, weil man glaube, daß es der Mehrheit der Kreuztaler Bevölkerung entspreche, und man wünsche sich für das Gymnasium, daß dann wieder Ruhe einkehre zu diesem Thema und eine Arbeit dort in "innerem Frieden" und auf hohem geistigem Niveau dauerhaft möglich bleibe.

StV Schleifenbaum erklärte, man habe die Ausführungen der Fraktionen zur Kenntnis genommen, und er gestehe, daß sich auch in der SPD während der Diskussion über die unterschiedlichen Auffassungen große Zweifel gezeigt hätten. Diese Zweifel habe man sehr wohl erkannt, man habe aber auch, nachdem in der Vergangenheit hier und da der Mut gefehlt habe, das Thema aufzugreifen, nach einem erneuten Anstoß von außen sich verpflichtet gefühlt, die Diskussion zu führen. Die Diskussion sei nicht überflüssig gewesen, sie sei mit der notwendigen Ernsthaftigkeit geführt worden, dabei habe man viele Argumente gehört und festgestellt, daß dieses Thema unter die Haut gehe. Auch die Veröffentlichungen zu diesem Thema hätten bewiesen, daß es an der Zeit gewesen sei, die Diskussion zu beginnen. Dabei habe man immer offengelassen, daß es hier keine Schwarz-Weiß-Malerei geben könne. Man habe diese Diskussion nicht geführt, um parteipolitischen Nutzen daraus zu ziehen - eher das Gegenteil werde der Fall sein -, man habe die Diskussion für notwendig erachtet, um einen Teil der jüngeren Geschichte aufzuarbeiten, in die der Namensgeber des Kreuztaler Gymnasiums verstrickt und von der die Stadt als Träger des Gymnasiums betroffen sei. Man habe das Thema aber auch um der Opfer willen behandelt, die während der NS-Zeit unter Flick gelitten hätten. In dem ihm zugegangenen Schreiben des Deutschen Koordinierungsrates vom Februar diesen Jahres heiße es unter anderem: "Mit Erstaunen und Erschrecken haben wir gehört, daß es heute in der Bundesrepublik Deutschland eine Schule gibt, die den Namen eines 1947 in Nürnberg rechtskräftig verurteilten Kriegsverbrechers trägt. Das hätten wir nicht für möglich gehalten! Welchen Schmerz müssen die ehemaligen Zwangsarbeiter oder KZ-Häftlinge empfinden, wenn sie erfahren, daß nach dem Konzernherrs, für den 10.000 unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten mußten, in dieser Republik ein

Gymnasium benannt wurde. War es nicht gerade auch der Flick-Konzern, der über Jahrzehnte den berechtigten Forderungen der ehemaligen Arbeitssklaven eine Entschädigung verweigerte? Es ist für uns unverständlich, daß heute ein solcher Name Schülerinnen und Schülern in ihrer Region als Vorbild dargestellt wird. Gibt es nicht genügend Opfer der Nazis, die der Jugend vorbildhaft genannt werden könnten? Eine Schule aber nach einem der Täter oder zumindest doch geschickten Nutznießers des Nazi-Terros zu benennen, ist einfach unglaublich ..."

Es gehe der SPD-Fraktion nicht darum, Flick zu verteufeln, erneut zu verurteilen oder Haß zu verbreiten. Herr Billich habe die Seiten Flicks geschildert, die positiv zu seinen Gunsten zu würdigen waren und habe ihn darüber hinaus in seiner Vorbildfunktion verteidigt. Es müsse aber doch die Frage erlaubt sein, ob unter objektiver Berücksichtigung der zeitgeschichtlichen Erkenntnisse über die Person Flick dieser ein Namensträger für eine Schule und damit doch zwangsläufig für deren Schüler sein könne, wenn man die Erziehungsideale nach Artikel 7 der Nordrhein-Westfälischen Landesverfassung zugrundelege: Erfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung; die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung. Er frage, ob der Name Friedrich Flick für diese Ideale stehe. Jeder, der die Fakten kenne, möge diese Frage beantworten. Der negativen Wertung Flicks stehe allerdings sein Verdienst um gemeindliche Stätten, um Vereine und Verbände, insbesondere aber um unsere Stadt entgegen. Sein Engagement verdiene Dank. Ohne seine Hilfe, sei der Bau des Gymnasiums damals nicht möglich gewesen. Dabei sei es unerheblich, aus welchem Portemonnaie die Spende geflossen sei. Es bleibe allerdings auch festzuhalten, daß diese 3 Mio.-Spende nicht gekoppelt gewesen sei an die Namensgebung. Trotz der von Herrn Billich zitierten Beschlüsse meine er, daß eine rechtliche Verpflichtung zur Erhaltung des Namens für das Gymnasium nicht bestehe, allenfalls könnten sie herangezogen werden, wenn es um die Frage der Rückzahlung der Beträge gehe. Er stimme zu, daß sicherlich diese Namensgebung als Zeichen des Dankes erfolgt sei und man die Frage der Vorbildfunktion nicht diskutiert habe, vielleicht sei 1968 die Zeit hierfür aber auch noch nicht reif gewesen. Es sei sicherlich schwer und viele aus den eigenen Reihen hätten dies in den letzten Wochen leidvoll erfahren, diese Diskussion 20 Jahre später nachzuholen, nachdem in der Vergangenheit hierzu der Mut gefehlt habe. Nachdem aber der Anstoß hierzu erfolgt sei, habe es die SPD als ihre Pflicht angesehen, sich dieser unangenehmen Diskussion zu stellen, und zwar nicht in der Absicht, mit Steinen zurückzuwerfen in die Vergangenheit, weder auf diejenigen, die 1968 die Entscheidung getroffen hätten noch auf Flick. Die Diskussion sei notwendig gewesen, um im Sinne der vom Stadtdirektor aus der Rede des Bundespräsidenten zitierten Verantwortung für die Vergangenheit gerecht zu werden. Bestürzt sei er über viele gehässige Reaktionen im Verlauf der monatelangen Debatte, doch hierfür müßten die Betreffenden selbst die Verantwortung übernehmen. Man würde Andersdenkende nicht abqualifizieren. Er selbst und viele andere in der SPD seien aber der Auffassung, daß Friedrich Flick kein Name für eine Schule sein könne. Man respektiere aber, daß man angesichts der 1968 getroffenen Entscheidung auch anderer Meinung sein könne, zumal es nicht gelungen sei, in der Öffentlichkeit ein auch nur einigermaßen meßbares Verständnis für eine Umbenennung zu wecken und auch aus der Schule selbst keine Notwendigkeit für eine Umbenennung geäußert worden sei. Eine Frage, die so viele Emotionen hervorrufe, müsse letztlich jeder für sich entscheiden. Einig sei sich die SPD-Fraktion, was die Person Flick angehe, unterschiedlicher Auffassung sei man aber

in der Frage der Umbenennung des Gymnasiums. Man werde mit dieser unterschiedlichen Auffassung aber weiterhin zusammenarbeiten und leben können. Dieser Zwiespalt sei auch in der Bevölkerung in den letzten Wochen mehr als deutlich geworden. Eine Lösung dieses Zwiespaltes und dieses Dilemmas, die allen Seiten 100 %ig gerecht werden könne, gebe es nicht. Wenn der Rat sich heute mehrheitlich außerstande sehe, eine Umbenennung des Kreuztaler Gymnasiums vorzunehmen, müsse man wissen, daß ein "Stachel im Fleisch" bleiben werde. Aber vielleicht sei dieser Stachel der Preis, den man für die Vergangenheit zahlen müsse.

StV Billich stellte zu den Ausführungen von Herrn Schleifenbaum richtig, er habe deutlich gesagt, daß Friedrich Flick kein Vorbild für die Schüler des Gymnasiums sei. Auch habe er nicht behauptet, die Spende sei mit einer rechtlichen Bindung an die Namensgebung erfolgt, diese Bindung sei man zu einem späteren Zeitpunkt, als es um die Umwandlung in ein kommunales Gymnasium gegangen sei, eingegangen. Ebenfalls treffe es nicht zu, daß man erst heute, 20 Jahre nach der Errichtung und Namensgebung des Gymnasiums die Diskussion um die Vergangenheitsbewältigung führe. Vor vier Jahren habe dieser Rat darüber diskutiert, dem toten Friedrich Flick die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen. Die gleichen Argumente, die heute ausgetauscht worden seien, seien auch damals Grundlage für die Entscheidung gewesen, den Antrag abzulehnen. Herr Schleifenbaum behauptete, es sei im Verlauf der Debatte böse und gehässig argumentiert worden. Er könne dies nur unterstreichen und möchte hierzu auf einen heute veröffentlichten Leserbrief verweisen, in dem sowohl Herr Frisch als auch er als Mitglieder von zwei Parteien, in denen ohnehin die Nazis die Oberhand hätten, verunglimpft würden. Er erwarte, daß dann auch diejenigen, die so etwas schrieben und vielleicht Mitglieder der SPD seien, zur Rechenschaft gezogen würden. Widersprüchlich sei auch die Behauptung, das Thema sei erneut von außen hergetragen worden und hierzu einen Brief der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit zu zitieren, während es in einer Erklärung des Stadtverbandes der Kreuztaler SPD heiße: Die Kreuztaler CDU behauptet, der Anstoß zu der Flick-Diskussion sei von außen gekommen. Dies trifft so nicht zu. Die SPD-Fraktion und der SPD-Stadtverband haben den weltweit bekannten und sachkundigen Schriftsteller Bernt Engelmann eingeladen ... Er frage sich, wieso es dann nicht zutrefe, daß die Diskussion von außen erneut an die Stadt hergetragen worden sei. Auch beim Lesen der Leserbriefe falle auf, daß diejenigen, die offenbar am besten informiert seien, keine Kreuztaler seien. Hier solle wohl eine Säuberungswelle in Gang gesetzt werden, die auch andere Bereiche (Bernhard-Weiß-Stiftung, Konrad-Kaletsch-Stiftung) erfassen solle. Man müsse den Anfängen wehren, indem man die Diskussion heute beende.

StV Stricker meinte zu den Ausführungen von Herrn Billich, es sei diesem fast gelungen, Herrn Flick als Verfolgten des Naziregimes hinzustellen. Aber er werde die Zeit nicht aufhalten und es noch erleben, daß dieses Gymnasium nicht mehr nach Flick benannt sei. Auch die Spende, die man gemessen am Vermögen Flicks nicht überbewerten sollte, sei kein Grund für die Namensgebung. In deutlichen Worten zeigte er auf, warum es für ihn unbegreiflich sei, eine Schule weiterhin nach Flick zu benennen und daß die SPD-Fraktion für eine Umbenennung keine Mehrheit zustande bringe.

Der Vorsitzende bat, die bisher überwiegend sachlich geführte Diskussion nicht durch Beleidigungen zu beeinträchtigen. Die SPD sei eine demokratische Partei, in der jeder seine Meinung formulieren und entsprechend entscheiden könne. Er selbst habe zu keiner Zeit die Meinung vertreten, Flick sei ein Wohltäter der Menschheit gewesen,

er sei aber auch nicht gewillt, nachdem Flick die Möglichkeit geschaffen habe, in Kreuztal ein Gymnasium zu errichten, sich jetzt dafür mit einer Ohrfeige bei ihm zu bedanken.

StV Krömpel beantragte Schluß der Aussprache. Der Vorsitzende erklärt, auf der Rednerliste stünden noch die StV Arndt und Schleifenbaum. StV Arndt verzichtet auf eine Worterteilung, da der Vorsitzende die Beleidigungen von Herrn Stricker bereits gerügt habe.

Bei drei Gegenstimmen stimmt der Rat dem Antrag des StV Krömpel zu und erklärt sich damit einverstanden, daß Herrn Schleifenbaum noch das Wort erteilt wird.

StV Schleifenbaum entgegnet Herrn Stricker, man habe es sich mit dem Abstimmungsverhalten nicht einfach gemacht, jeder einzelne habe respektable Gründe für seine Haltung; man habe es aber nicht nötig, sich über die eigene Parteigeschichte belehren zu lassen. Man stehe dazu, daß man im vorliegenden Fall keine geschlossene Meinung habe, man sei aber in der Lage, damit zu leben.

StV Stricker beantragte namentliche Abstimmung.

StV Schleifenbaum beantragte namens der SPD-Fraktion geheime Abstimmung. Nach der Geschäftsordnung hat der Antrag auf geheime Abstimmung Vorrang.

In geheimer Abstimmung lehnt der Rat mit 29 Stimmen bei 16 Gegenstimmen den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Umbenennung des Friedrich-Flick-Gymnasiums ab.

Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung für fünf Minuten, um den Zuhörern Gelegenheit zu geben, den Sitzungsraum zu verlassen.

StV Arndt erklärt zur Geschäftsordnung, Punkt 9 der heutigen Tagesordnung habe wieder einmal gezeigt, mit welcher Art und in welchem Stil hier durch Einzelne miteinander umgegangen werde. Er bitte den Herrn Bürgermeister, im Ältestenrat diese Dinge zu besprechen, da er nicht gewillt sei, derartige Beleidigungen weiterhin so auf sich zukommen zu lassen. Er bitte, daß dies im Ältestenrat auch mit den Betroffenen erörtert werde mit dem Ziel, daß derartige Äußerungen demnächst unterblieben, damit wieder eine vernünftige Atmosphäre eintrete.